

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste,

Zu Beginn danke ich Frau Noll, Herrn Krämer und allen anderen, die mit an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Wie in den vergangenen Jahren diskutieren wir auch in diesem Jahr über einen Haushaltsentwurf, der einen bunten Strauß an Maßnahmen beinhaltet, von denen viele inhaltlich von uns allen getragen werden - allerdings auch einige Punkte, die kontrovers diskutiert wurden, wobei es neben inhaltlichen Fragen häufig auch um den Umgang miteinander ging.

Wenn der Bürgermeister beispielsweise im Planungsausschuss äußert, dass wir uns an eine hohe Schlagzahl gewöhnen müssen, mag das ja sein, aber dann dürfen wir auch erwarten, dass wir nicht nur ein paar Stunden Gelegenheit haben, uns mit wichtigen Vorlagen zu beschäftigen.

Inhaltlich würden wir Grünen an manchen Stellen andere Schwerpunkte und hinter manche Ausgaben ein Fragezeichen setzen. Vielen Inhalten des Entwurfs könnten wir aber zustimmen. Viele grundsätzliche sinnvolle, aber kostenintensive Projekte hätten wir allerdings anders gewertet, wenn die Verwaltung in ihren Vorlagen ehrlich dargestellt hätte, dass sie die Liquiditätsrücklage in unverantwortlichem Umfang abschmelzen lassen. Dazu später mehr.

Jetzt aber zunächst - ohne Anspruch auf Vollständigkeit- ein paar Anmerkungen zu verschiedenen Projekten - bewusst weniger zu Themen, zu denen weit gehende Einigkeit besteht, sondern etwas ausführlicher zu kontrovers diskutierten Punkten.

Beschlossen und durchgeführt wurden auch Maßnahmen, die mit überschaubarem finanziellem Aufwand deutliche kulturelle bzw. interkulturelle Akzente setzen wie das Projekt Engel der Kulturen und der Gitarrenwettbewerb Andres Segovia, dessen Fortsetzung wir gerade beschlossen haben.

Überschaubaren finanziellen Aufwand hat auch die Aktion Stadtradeln verursacht, an der in 2016 endlich auch Monheim teilgenommen hat. Das auch ansonsten überschaubare Engagement der Verwaltung in diesem Zusammenhang wirft erneut die Frage auf, warum das nicht auch schon 2015 möglich war.

Nicht überschaubar sind dagegen die finanziellen Konsequenzen aus dem Beschluss, den Monheimer Teil des Radschnellweges von Neuss nach Monheim in Eigenregie zu bauen. Es gibt zweifellos gute Gründe dafür, das zu tun, aber wenn sich die finanziellen Konsequenzen dieses Beschlusses nicht genau beziffern lassen, auch weil der verbleibende Zuschuss von 60% nicht definitiv gesichert ist, muss gestattet sein, der Vorlage nicht begeistert zuzustimmen, ohne sich Vorhaltungen machen zu lassen.

Dass der Umbau des Rathauses im Sinne eines besseren Bürgerservices sinnvoll ist, steht für uns außer Frage. Dass aber für üppige Öffnungszeiten gleich 3 neue Vollzeitstellen für den Bürgerservice geschaffen werden müssen, bezweifeln wir.

Die Entgegnung des Bürgermeisters auf die Zweifel verschiedener Haupt- und Finanzausschuss-Mitglieder klangen eher nach Basta-Politik als nach sorgfältiger Abwägung. Basta kann man übermorgen in der Aula genießen. Hier hat es nichts zu suchen.

Unmittelbar vor dieser Ratssitzung haben wir in einer eilends einberufenen Sondersitzung des Planungsausschusses über das integrierte Handlungskonzept diskutiert, nachdem der Beschluss bereits in der regulären Sitzung gefällt wurde.

Die entscheidende, 157-seitige Vorlage wurde allerdings erst wenige Stunden vor der werktäglichen Sitzung bereitgestellt.

Ob es wirklich nicht früher ging, weiß ich nicht. Der Bürgermeister und Mitglieder der Peto-Fraktion reagierten aber zunächst mit völligem Unverständnis auf das Unvermögen der anderen Ausschussmitglieder, mal eben einer ihnen unbekanntem Vorlage mit einer Laufzeit von sieben Jahren, in denen weitere -zig Millionen ausgegeben werden, zuzustimmen. Das nährt Zweifel, ob dem Rat und seinen Ausschüssen und den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Parteien angemessene Wertschätzung entgegen gebracht wird.

Das Konzept enthält viel, aber nicht nur Sinnvolles. Viele groß geschilderte Maßnahmen sind ja ohnehin bereits abgeschlossen. Und ob beispielsweise der Bau des Monheimer Tors der große städtebauliche Wurf war, darf bezweifelt werden.

Wir werden in den nächsten Jahren sehr genau über die einzelnen Maßnahmen zu diskutieren haben, mit einem sehr kritischen Blick vor Allem auf die seriöse Finanzierung.

Mir kommt das Wort „einheitlich“ und ähnliche Begriffe entschieden zu häufig im Konzept vor. Auch unsere Stadt lebt davon, dass eben nicht alles einheitlich ist und beispielsweise die Verbindungen zwischen Altstadt und Rheinvorland völlig unterschiedliche Charaktere haben.

Mit ebenso knappem Vorlauf von wenigen Stunden erreichte uns zur gleichen Sitzung die Stellungnahme der Verwaltung zum Bürgerhaushalt, sodass sie in den HaFi vertagt werden musste.

Die Bürger hatten mit ihren Voten am letzten Wochenende noch die Struktur des Bürgerhaushalts durcheinander gebracht.

Den Bürgern wäre sicher mehr damit gedient, für Ihre Stellungnahmen 3 statt 4 Wochen Zeit, dafür aber dafür die Gewähr zu haben, dass ihre gewählten Vertreter sich ernsthaft mit ihren Anliegen auseinandersetzen können.

Der Bürgerhaushalt ist nicht frei von unschönen Überraschungen wie der Erkenntnis, dass auf der Sandstraße zahlreiche Bäume einer Umplanung geopfert werden sollen.

Die Verwaltung hatte bei dem Hinweis *„Darüber hinaus wird aus dieser Diskussion zur Kenntnis genommen, dass es ein Votum zum Erhalt der Bäume auf der Sandstraße gibt. Es wird zugesagt, dass im Zuge der weiteren Ausbauplanung ein geändertes Konzept vorgelegt wird.“*

die Rechnung offensichtlich ohne ihren Chef gemacht, der auf Nachfrage in der Planungsausschusssitzung erklärte, die Bäume seien nicht zu retten.

In der HaFi-Sitzung klang das nicht mehr so rigoros. Wir werden die Planungen aufmerksam verfolgen und uns entschieden für den Erhalt der Bäume einsetzen.

Während der Diskussion über die kostenfreie Überlassung von 2 Grundstücken für den Bau neuer Moscheen haben wir immer wieder betont, dass wir die Unterstützung und Förderung der Gemeinden bei der Grundstücksfindung und -Finanzierung eindeutig begrüßen - bei entsprechender Notwendigkeit und Gerechtigkeit im Vergleich mit anderen Vereinen gerne auch im vorgesehenen Gesamtumfang.

Die Förderung in Form einer kostenfreien Überlassung der Grundstücke aber können wir nicht mittragen, auch weil sie den falschen Eindruck erweckt, dass eine 100%-ige Förderung erfolgt. Die Gesamtmaßnahme mit Bau, Einrichtungs- und Nebenkosten wird aber insgesamt zu einem wesentlich geringeren Anteil gefördert.

Warum also nicht schrittweise fördern, nach einem Satz, der sich z.B. aus dem integrativen Anteil entsprechender Konzepte und Finanzierungspläne ergibt?

Statt sich mit diesem beizeiten von verschiedenen Fraktionen vorgeschlagenen Vorschlag ernsthaft zu beschäftigen, wurde vom Bürgermeister steif und fest behauptet, die Opposition würde ja keine eigenen Vorschläge machen, sondern nur blockieren.

Mein Vorschlag, Grundstücks- und Baukosten nach Zahlungsplan mit einem konkreten Prozentsatz zu bezuschussen und damit zumindest unserer Fraktion die Zustimmung zu ermöglichen, war für Teile der Peto-Fraktion „irgendein nebulöser Antrag“.

In städtischen Newsletter war dann die Rede davon, dass die breite Mehrheit der Ratsmitglieder der Verwaltungsvorlage zugestimmt habe, ohne zu erwähnen, dass diese neben dem Bürgermeister alle zu einer Fraktion gehörten und alle anderen anwesenden Fraktionen und Einzelvertreter die Vorlage abgelehnt haben. Eigentlich sind städtische Pressestellen zu objektiver Darstellung verpflichtet.

Vor wenigen Wochen haben wir über den Bau einer Brücke zwischen dem Monberg und dem benachbarten Parkhaus diskutiert, die einen barrierefreien Zugang zum Monberg und ein städtebauliches Highlight schaffen soll – für 1,2 Millionen, davon 340.000€ aus Fördermitteln und die restlichen 860.000,00 aus der Monheimer Liquiditätsrücklage.

Um den barrierefreien Zugang zu gewährleisten, könnte man die bestehende Anlage vernünftig instand setzen. Ansonsten müsste man die Monberg-Betreiber zumindest an den Kosten beteiligen, wie bei jedem anderen Projekt auch. Ein städtebauliches Highlight in der 4.Reihe ist äußerst zweifelhaft.

Bei einem verantwortungsvollen Umgang mit den städtischen Finanzen und dann noch Zuschüssen, die andere Kommunen für sinnvolle Projekte weiß Gott besser gebrauchen könnten, konnten wir das Projekt nur ablehnen.

Auch im kommenden Jahr werden wir versuchen, die Monheimer Politik mit Anträgen und anderen Initiativen aktiv zu gestalten, wie im zu Ende gehenden Jahr beispielweise mit folgenden Anträgen:

„Prüfung der Möglichkeit der Errichtung und des Betriebs einer Fahrradstation am S-Bahnhof Langenfeld gemeinsam mit der Stadt Langenfeld“

Ein ähnlicher Antrag wurde parallel von den Langenfelder Grünen gestellt und dort mehrheitlich abgelehnt, sodass trotz der Gespräche zwischen der Monheimer und der Langenfelder Verwaltung keine realistische Chance mehr besteht, eine solche Station am Bahnhof zu realisieren.

Die auf Monheimer Stadtgebiet beabsichtigten Fahrradboxen sind keine Alternative, da ja gerade die Einbeziehung des S-Bahnhofs Ziel des Antrags war.

Auf Grundlage unseres Antrags ein Konzept für das Projekt Essbare Stadt zu entwickeln wurde einstimmig beschlossen, „dass öffentliche Grünflächen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und anderen Gruppen zur Verfügung gestellt werden sollen, um diese mit essbaren Nutzpflanzen zu bepflanzen, sofern dies im Einzelfall möglich ist.“

Dies entspricht zwar nicht vollumfänglich dem Konzept „essbare Stadt“, die Ausweisung entsprechender Flächen, die von Bürgern, Vereinen und Gruppen für Nutzpflanzen genutzt werden können wäre aber ein wichtiger Schritt.

Laut dem Bericht über die Ausführung von Beschlüssen zur heutigen Sitzung wurde *„die Möglichkeit, dass auf Antrag öffentliche Flächen mit fachlicher Unterstützung der Verwaltung für das Projekt genutzt werden können, gem. Beschluss öffentlich angekündigt.“* Allzu öffentlich kann die Ankündigung nicht gewesen sein, so dass nicht verwundert, dass sich bei der Verwaltung keine Interessenten gemeldet haben. Der Beschluss hatte sowieso anders gelautet.

Die ebenerdige Fußgänger- und Radfahrerverbindung Heinestraße/Friedrichstraße im Bereich Berliner Ring fand leider erneut keine Mehrheit.

Immerhin wurde die Notwendigkeit einer oder mehrerer attraktiver ebenerdiger Verbindungen zwischen der Innenstadt und dem Berliner Viertel, wenn auch nicht genau an dieser Stelle, mittlerweile auch von der Verwaltung erkannt und in das integrierte Handlungskonzept aufgenommen.

Auch der Antrag, ein Förderkonzept zur Dach- und Fassadenbegrünung zu entwickeln, wurde leider abgelehnt, u.a. mit dem Hinweis, dass Dachbegrünungen ja schon über reduzierte Niederschlagswassergebühren gefördert würden.

Dies stellt in der Tat eine gewisse Förderung dar, entspricht aber nicht voll umfänglich unserem Antrag.

Der Antrag, in einer Resolution die belgische Regierung sowohl direkt als auch über die Bundesregierung aufzufordern, die auch für die Monheimer Bevölkerung gefährlichen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 stillzulegen, wurde von der Peto-Ratsmehrheit, die sich für nicht zuständig erklärte, abgelehnt.

Andere Städte und Kreise, u.a. unser eigener, hielten sich durchaus für betroffen und zuständig. Eine Brandsicherheitsstudie hatte im April *"alarmierende Wahrscheinlichkeitswerte für eine Kernfusion"* ergeben - also den größten anzunehmenden Unfall in einem Reaktor. Der Chef der belgischen Atomaufsichtsbehörde sprach Ende November von *"vollkommen desaströsen Ergebnissen hinsichtlich des Brandrisikos"*

Die Stadt Aachen, gerade Mal ca. 60km näher an den Reaktoren, hat gerade im Zuge ihrer Haushaltsberatungen den Kauf von 14.000 Schutzmasken für Kinder beschlossen.

Nordrhein-Westfalen kauft 21 Millionen Jodtabletten, auch im Hinblick auf die maroden belgischen Meiler.

Aber uns geht das lt. Peto alles nichts an. Für die Sicherheit und Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger sind wir ja nicht zuständig.

Seit Jahren wird - ebenfalls auf Grundlage einer Initiative der Grünen - mit den Vorlagen zu Rats- und Ausschusssitzungen über die Umsetzung der Beschlüsse berichtet, in den Fachausschüssen in der Regel bezogen auf die letzte Sitzung.

Dieses Verfahren gewährleistet aber nicht wirklich die Verfolgung der Umsetzung von Beschlüssen.

Daher haben wir beantragt, das Ratsinformationssystem so zu erweitern, dass eine permanente Beschlussverfolgung möglich ist, und bis dahin halbjährliche Sachstandsberichte vorzulegen. Über diesen Antrag werden wir gleich diskutieren.

Erneut haben wir uns nun mit einem Haushaltsentwurf zu beschäftigen, der eine Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf jetzt 260% vorsieht.

Wir halten diese Senkung für ebenso unnötig wie unverantwortlich, gerade auch im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Senkung der Liquiditätsrücklage, die nach der von uns allen beschlossenen Formel bei knapp 200Mio. € liegen müsste.

Sie wird aber nicht aufgebaut, sondern nach dem vorliegenden Entwurf auf ca. 40 Mio. € abgebaut.

Nach Auskunft von Frau Noll werden es tatsächlich nach derzeitigem Erkenntnisstand eher ca. 60 Mio. werden, aber auch dies ist eine Minderung, für die „dramatisch“ noch eine freundliche Formulierung ist.

Grund für die erneute Absenkung soll sein, die magische Grenze von 25% Steuerlast für Unternehmen zu knacken - wenn man denn daran glaubt, dass Unternehmen sich allen Ernstes an solchen Zahlenspielchen orientieren statt eine ordentliche Gesamtkalkulation aufzustellen. Umfassend kalkulieren werden sicherlich zumindest die Unternehmen, die sich tatsächlich in nennenswertem Umfang mit leibhaftigen Mitarbeitern in Monheim ansiedeln wollen.

Je geringer der örtliche Hebesatz, desto größer die Differenz zum fiktiven Hebesatz und mithin die Belastung durch Umlagen und das Risiko für den Fall, dass die Gewerbesteuereinnahmen nicht erwartungsgemäß immer weiter steigen, sondern zurückgehen. Aus welchem Grund auch immer.

Es muss immer mehr Gewerbeertrag generiert werden, um den Verlust durch den geringeren Hebesatz auszugleichen und die Umlagen aufbringen zu können.

Die Tendenz ist jedoch ebenso eindeutig wie unerfreulich – und wir können nicht verantworten, dies mit zu tragen.

Und wie sagte doch der damalige Kämmerer Max Herrmann im Zusammenhang mit der ersten Senkung der Gewerbesteuer:

„Meine Damen und Herren, es ist nicht selbstverständlich, dass die jetzt in Monheim ansässigen Unternehmen permanent hohe Steuerzahlungen erwirtschaften. Es ist nicht selbstverständlich, dass diese Unternehmen immer ihren Standort in Monheim halten werden. Es ist nicht selbstverständlich,

dass es uns gelingt, nur extrem gute Steuerzahler zusätzlich anzusiedeln. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Wirtschaft nur prosperiert. Es werden auch Flaute kommen. Aber es muss selbstverständlich sein, im Rahmen der Risikoanalyse Vorsorge zu treffen. Bedenken Sie, dass bei Wegfall eines Volumens von vielleicht 100 Mio. €, angekündigt im Herbst eines Jahres für den darauf folgenden Januar ab sofort die Erträge fehlen, trotzdem aber die volle Kreisumlage des Vorjahresniveaus zu zahlen ist. Und im übernächsten Jahr muss wegen des maßgeblichen Referenzzeitraumes noch einmal die Hälfte dieses Wertes an den Kreis gezahlt werden, obwohl in den beiden Jahren keine entsprechenden Erträge zur Verfügung stehen. Für diese denkbare Krise müssen wir gewappnet sein!!! Ich schlage deshalb vor, wir schließen eine Zielvereinbarung, die man wie folgt definieren könnte: Es wird Vorsorge für oben geschildertes Risiko in der Weise getroffen, dass aus den Jahresergebnissen ab dem Jahre 2014 sukzessive Liquidität thesauriert wird...

Die Einschätzung gilt nach wie vor - und das Risiko hat sich seither deutlich erhöht. Daher haben wir zu Zeiten von Frau Noll, die sicherlich grundsätzlich einen genauso verantwortungsvollen Ansatz verfolgt wie Herr Herrmann, die Ansparung einer genau definierten Liquiditätsrücklage beschlossen. Und jetzt tun wir so, als hätte es diesen Beschluss nie gegeben.

Das genannte Zitat stammt übrigens aus der aktuellen Stellungnahme der IHK, die in den vergangenen Jahren immer voll des Lobes für die Monheimer Politik war, aber jetzt darauf hinweist,

„dass das ursprünglich von der Stadt erkannte Risiko eines Gewerbesteuerbruchs und der nachlaufenden Zahlungsverpflichtungen in die kommunalen Umlagesysteme künftig deutlich unterversichert wäre (Anmerkung meinerseits: Der Konjunktiv ist hier fehl am Platze.) An der grundlegenden Risikomechanik, die im Jahr 2013 diskutiert und durch den „Not-Euro“ entsprechend abgesichert wurde (richtiger wäre „werden sollte“), hat sich nämlich in den letzten 3 Jahren nichts geändert.

Aus diesem Grund regt die IHK an, in den kommenden Jahren wieder ein Liquiditätsniveau in Monheim aufzubauen, das dem aufgezeigten Risiko ausreichend Rechnung trägt.“

Und was tun wir? Wir verbraten die Liquiditätsrücklage und erhöhen gleichzeitig das Risiko, das wir sie brauchen.

Zweifelloos ist es normalerweise attraktiv und sinnvoll, in Schulen, Kindergärten und eine attraktive Stadt. zu investieren, anstatt das Geld auf mickrig verzinsten Konten herumlungern zu lassen.

Unsere Situation ist aber nicht normal, und daher ist eine hohe Liquiditätsrücklage die lebensnotwendige Folge aus unserer Steuerpolitik, ob es uns passt oder nicht.

Die meisten kostenintensiven Projekte haben wir ja durchaus mit beschlossen - im offensichtlich falschen Vertrauen darauf, dass sie verantwortlich kalkuliert sind und den Beschluss der Ansparung einer Rücklage nicht völlig ignorieren.

In der Folge mussten wir auch in den letzten Tagen leider noch Maßnahmen zustimmen, die konsequente Folge aus anderen Beschlüssen sind. Beispielsweise in bestehenden Schulgebäuden am Berliner Ring als zwingende, aber leider ursprünglich nicht bezifferte Folge aus den Neubauten.

Wir haben gelernt und werden in der Zukunft wesentlich genauer hinsehen und nachfragen. Wir erwarten, zukünftig zu jeder Ausgabe zu erfahren, ob und in welchem Umfang die Liquidität geschmälert wird.

Unverzichtbare Grundlage ist hier weiterhin das von uns mehrfach angemahnte Gesamtkonzept mit Prioritätenliste, das bis heute nicht vorliegt.

Der Antrag von CDU und SPD, durch eine Senkung der Grundsteuer nicht nur Unternehmen, sondern die eigenen Bürgern zu begünstigen, wurde nicht nur von uns, sondern auch von Peto

abgelehnt, da wir dafür keinen finanziellen Spielraum haben. Stimmt. Aber für zweifelhafte Brückenbauwerke haben wir Geld.

Erklärtes Ziel der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes bei gleichzeitiger Erhöhung der Gewerbesteuerereinnahmen und gleichzeitig notwendige Folge ist ja die Ansiedlung weiterer Unternehmen.

Wir müssen bedenken, dass wir für weitere Ansiedlungen von Unternehmen mit leibhaftigen Mitarbeitern für die Betriebe selbst und möglichst auch entsprechenden Wohnungen kaum noch Platz haben.

Aber es geht ja auch anders.

So bietet das *Business Center Coworking Space Monheim285* unter www.monheim285.de mit dem preisgünstigen „Starterpaket 129€ / Monat eine ladungsfähige Geschäftsadresse in Monheim, die Annahme Ihrer Post und optional die Weiterleitung der Post“ an. Mit dem Premiumpaket für satte 399€/ Monat mit monatlich 3 Stunden Nutzung des Seminarraums und einem Arbeitsplatz im Coworking Space können sich die Unternehmen sogar gelegentlich in Monheim aufhalten.

Die offensichtliche Existenz von Firmen, die nicht mal einen kompletten eigenen Briefkasten haben, widerspricht der mehrfach vorgetragenen Aussage des Bürgermeisters, dass es hier keine Briefkastenfirmen gebe, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Die neue Sprachregelung ist, dass man gegen die entsprechenden Firmen vorgehen werde, sobald man von ihnen Kenntnis hat.

Allzu eilig scheint das allerdings nicht zu sein, da der Hebesatz von 285%, auf den die Agentur oder was immer es sein mag, bereits im Namen Bezug nimmt, ja schon seit einiger Zeit nicht mehr gilt.

Der von Briefkastenfirmen stammende und mithin ggfs. auch zurück zu zahlende Anteil an den Gewerbesteuerereinnahmen ist wohl eher zu vernachlässigen.

Dies gilt mit Sicherheit nicht für die erheblichen Gewerbesteuerereinnahmen, die bekanntlich und unbestritten auf der Niederlassung von ausgegliederten Patentabteilungen namhafter Unternehmen beruhen, auf die dann ein erheblicher Teil des Gesamteinkommens entfällt. Dieser wird dann legal zu unserem günstigen Hebesatz versteuert wird, was bislang sowohl für unsere Stadt als auch für die entsprechenden Unternehmen Vorteile bietet, aber nicht jedem gefällt.

So hat die nordrhein-westfälische Landesregierung beantragt, dass der Bundesrat die Bundesregierung auffordern möge,

„Gestaltungsmodelle zur Minderung der Gewerbesteuer mittels Lizenzzahlungen zu verhindern und eine gerechte Verteilung der Gewerbesteuer zwischen den Gemeinden zu gewährleisten.“

Was daraus wird, weiß man nicht, aber vielleicht kommt ja tatsächlich ein entscheidendes Gremium in diesem oder einem anderen Verfahren zu dem Schluss, dass die Kritiker unseres Vorgehens Recht haben und ändert das für uns so vorteilhafte Steuerrecht.

Oder Herr Trump senkt zum Beispiel die Unternehmenssteuern entsprechend seiner Ankündigung auf 20% und Bayer verlegt entsprechende Konzernteile in die Heimat von Monsanto.

Der in den vergangenen Jahren auf unsere Kritik am sorglosen Umgang mit der Liquiditätsrücklage vorgetragene Trost, dass alles gut wird, wenn wir die Solidaritätsumlage erstattet bekommen, hat sich mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Münster, dass diese verfassungsgemäß ist, auch erstmal erledigt.

Wir können jedenfalls der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes, insbesondere im Zusammenhang mit dem, vorsichtig formuliert, traurigen und beschlusswidrigen Zustand unserer Liquiditätsrücklage nicht zustimmen.

Vor Allem aus diesem Grund müssen wir den Haushaltsplan 2017 ablehnen.

Gleichwohl frohe Weihnachten und alles Gute im neuen Jahr!